



Dyckmans News

Juli/August 2011

Liebe Leserin, lieber Leser der Dyckmans News, einige Wochen, nachdem die Schüler und Lehrer in Hessen in die Schulferien gegangen sind, begann auch für den Deutschen Bundestag die Sommerpause. Auch wenn das Parlament erst im September wieder tagt, gibt es für mich als Drogenbeauftragte viele Termine in Berlin und darüberhinaus. Zusätzlich bin ich wie in jedem Sommer - wieder in Nordhessen und Kassel unterwegs. Eine schöne Sommerzeit wünscht Ihnen Ihre

Mechthild Dyckmans



FDP-Deutschlandtour machte Halt in Kassel



Zum fünften Mal in Folge tourt die FDP-Bundestagsfraktion in der parlamentarischen Sommerpause durch ganz Deutschland. Am 14. Juli 2011 machte sie Halt in Kassel. Die Kasseler Bundestagsabgeordnete Mechthild Dyckmans stand in der Friedrichsplatzrandstraße persönlich für ein Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Besucher informierten sich über die FDP-Bundestagsfraktion und aktuelle Themen der Berliner Regierungsarbeit. Darüber hinaus konnten sie an den aufgestellten Tischkicker ihre

Kondition beweisen. Denn wie im Sport zählen auch in der Politik Teamgeist, Ausdauer und Entschlossenheit. Frau Dyckmans freute sich über das Interesse an der FDP und bedankt sich bei allen Teilnehmern und Unterstützern. Das diesjährige Motto der Deutschlandtour lautet **"Für Sie am Ball"**. Anlass ist die Frauenfußball-Weltmeisterschaft. Bereits in der ersten "Halbzeit" der Regierungskoalition mit der Union, konnte die FDP in verschiedenen Politikfeldern liberale Akzente setzen. Die schönsten "Treffer" haben wir für Sie an unserem Stand dokumentiert, so dass Sie nachvollziehen können, wo die FDP-Bundestagsfraktion bereits punkten konnte. Mehr zu unserer Deutschlandtour 2011 finden Sie auf unserer Internetseite www.deutschlandtour2011.de. Besuchen Sie uns, sprechen Sie uns an, wir hören Ihnen zu, beantworten Ihre Fragen und nehmen Ihre Anregungen auf. Politik lebt vom Mitmachen und wer weiß - vielleicht liefern ja Sie die Vorlage für einen unserer nächsten Treffer!



Traditioneller Sommerempfang der FDP mit Jan Mücke, MdB



Pünktlich zum kalendarischen Sommeranfang am 21. Juni 2011 trafen sich Mitglieder und Freunde der FDP Region Kassel sowie Gäste aus Wirtschaft und Politik, um gemeinsam mit dem diesjährigen Ehrengast Jan Mücke, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, zu diskutieren. Im Fokus des Gesprächs standen Themen wie das geplante Radleihsystem in Kassel, der Weiterbau der Autobahnen 44 und 49 sowie eine mögliche Anschlussstelle an der A7 für das Gewerbegebiet Sandershäuser Berg.

Bundestag erlaubt PID unter strengen Auflagen

Am 7. Juli 2011 hat der Deutsche Bundestag über die Zukunft der Präimplantationsdiagnostik (PID) entschieden. Ein halbes Jahr lang haben die Abgeordneten eine intensive Debatte darüber geführt, ob und in welchem Maße die PID in Deutschland zugelassen werden soll. Drei Gesetzesentwürfe standen zur Wahl über die ohne die übliche Fraktionsdisziplin entschieden wurde. Für eine Zulassung der PID nach verpflichtender Aufklärung und Beratung stimmten 326 Parlamentarier und damit die Mehrheit. Dieser Gesetzesentwurf erlaubt die PID in Ausnahmefällen. Um Rechtssicherheit für die betroffenen Paare und die Ärzte herzustellen, wird das Embryonenschutzgesetz um eine Regelung ergänzt, die die Voraussetzungen und das Verfahren einer PID festlegt. Zur Vermeidung von Missbräuchen soll die PID nach verpflichtender Aufklärung und Beratung sowie einem positiven Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission in den Fällen zulässig sein, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlassung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Im Vorfeld der PID soll eine sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien erfolgen.



Änderung des § 522 ZPO beschlossen

Am 7. Juli 2011 hat der Deutsche Bundestag eine Änderung des Paragrafen 522 der Zivilprozessordnung beschlossen. "Ich freue mich, dass wir heute ein Projekt zum Abschluss bringen, das ich gemeinsam mit der FDP-Fraktion bereits in der letzten Legislaturperiode angeschoben habe", so Dyckmans in ihrer Rede zur abschließenden Lesung im Plenum.



Der durch den Bundestag geänderte Entwurf der Bundesregierung (17/5334, 17/5388) beschränkt zukünftig die Entscheidung durch Beschluss auf die Fälle, in denen die Berufung offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg, die Rechtsache keine grundsätzliche Bedeutung hat, die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung nicht erfordert und die Durchführung einer mündlichen Verhandlung nicht geboten ist. Für die FDP-Fraktion war es zum einen besonders wichtig, dass es unabhängig von den Erfolgsaussichten geboten sein kann, eine mündliche Verhandlung durchzuführen. Sei es - um nur zwei Anwendungsfälle zu nennen -, dass die Rechtsverfolgung von existentieller Bedeutung für den Berufungsführer ist oder das erstinstanzliche Urteil zwar im Ergebnis richtig, in der Begründung jedoch falsch ist. Anders als die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mit ihren Gesetzentwürfen die vollständige Abschaffung des § 522 Abs. 2 ZPO forderten, war es das Ziel der Regierungsfractionen die entstandenen Nachteile zu beseitigen, ohne jedoch die bestehenden Vorteile der Vorschrift aufzugeben. Denn der § 522 Abs. 2 ZPO, der eine Entscheidung über die Berufung durch Beschluss, also ohne mündliche Verhandlung, vorsieht, führt auch zu der gewünschten Beschleunigung von Berufungsverfahren und damit zu einer schnelleren Rechtskraft der Entscheidungen sowie zu Rechtssicherheit.

Koalition einigt sich zu Anti-Terror-Gesetzen



In den vergangenen Wochen erzielte die FDP einen Erfolg bei der Einigung zu den Anti-Terror-Gesetzen. So einigten sich Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Ende Juni erstmals darauf, dass die Sicherheitsgesetzgebung der letzten zehn Jahre einer kritischen Gesamtbilanz unterzogen wird, die in konkreten Handlungsempfehlungen münden soll. Gesetzesverschärfungen wird es ebenso wenig geben wie eine Entfristung der Regelungen des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes (TBEG). Stattdessen werden einige Regelungen komplett auslaufen, die verbleibenden auf vier Jahre befristet und insgesamt rechtsstaatliche Hürden eingezogen, indem unter anderem die Anforderungen

und die Kontrollen erhöht werden. Die Entscheidung, auf weitere Gesetzesverschärfungen und immer weitreichendere Eingriffe in die Grundrechte zu verzichten und sich dafür auf die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu konzentrieren, trägt eine liberale Handschrift.

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

15. 08. 2011 - 17. 08. 2011: Drogenbeauftragte auf sucht- und drogenpolitischer Sommertour in Süddeutschland	12. 09. 2011 - 16. 09. 2011: Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
22. 08. 2011 - 25. 08. 2011: Drogenbeauftragte auf sucht- und drogenpolitischer Sommertour in Norddeutschland	26. 09. 2011 - 30. 09. 2011: Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
04. 09. 2011 - 09. 09. 2011: Haushaltswochen im Deutschen Bundestag	28. 09. 2011: Deutscher Suchtkongress in Frankfurt a. M.

Impressum

Büro im Bundestag:
Mechthild Dyckmans, MdB
Drogenbeauftragte der Bundesregierung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71475
Fax: 030-227-76475
www.dyckmans.de

Büro im Wahlkreis:
Wilhelmshöher Allee 157-159
34121 Kassel
Tel.: 0561-312359
Fax: 0561-315690

Wollen Sie die „Dyckmans News“ per E-Mail erhalten oder an Freunde weiterleiten? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an: mechthild.dyckmans@bundestag.de.